

Für eine Renaissance von Freiheit, Wettbewerb und Selbstverantwortung

Wirtschaftspolitische Irrtümer korrigieren

Positionspapier der deutschen
Textil- und Modeindustrie zur Bundestagswahl 2025

Executive Summary

Über 1 400 Unternehmen der Textil- und Modeindustrie mit mehr als 120 000 Beschäftigten erbringen jeden Tag den Beweis, dass sie mit textiler Expertise und innovativen Produkten ein wichtiges Glied industrieller Wertschöpfungsketten sowie Anbieter hochqualitativer Mode und Bekleidung sind. Die Branche bildet aus, forscht und zahlt ihre Steuern am Standort Deutschland. Sie sorgt damit für Wertschöpfung im Land, stärkt die Lieferketten und engagiert sich an ihren Standorten für das öffentliche Leben. In diesem Positionspapier zur Bundestagswahl 2025 werden die größten Irrtümer politischer Entscheidungen in Berlin und Brüssel der letzten Legislaturperioden benannt. Wir fordern einen Richtungswechsel mit einem klaren Schwerpunkt: Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen.

1. Eine umfassende Entbürokratisierung entlang der gesamten Gesetzgebung ist zwingend erforderlich. Vor allem die Flut an sogenannten Nachhaltigkeitsgesetzen und Berichtspflichten bewirkt das Gegenteil dessen, was die eigentliche Intention ist. Ausgerechnet die deutschen Qualitätshersteller verlieren gegenüber internationalen Konkurrenten, die nur einen Bruchteil an Vorschriften erfüllen müssen, an Wettbewerbsfähigkeit. Es ist ein schwerwiegender Irrtum, zu glauben, viele neue Gesetze seien Ausweis der Leistungsfähigkeit des Staates.
2. Der deutsche Sonderweg in der Energie- und Klimapolitik muss beendet werden. Deutschland muss zum gemeinsamen europäischen Zielkorridor zurückkehren. Bis der Emissionshandel für alle Klimagasemissionen in der EU wirksam ist, muss der rein nationale CO₂-Preis ausgesetzt werden. Die Klimaziele werden damit nicht infrage gestellt, deren Erreichbarkeit muss aber tabulos und technologieoffen diskutiert werden.
3. Die neue Bundesregierung muss nachdrücklich ihren Einfluss auf die EU-Kommission in puncto Wettbewerbsfähigkeit geltend machen. Dabei sollte die EU die angekündigte Senkung der Berichtspflichten um 25 Prozent umgehend und vollständig umsetzen und sich verpflichten, eine weitere Senkung für KMU um bis zu 50 Prozent zu erreichen. Für die nächsten drei Jahre muss ein vollständiges Moratorium dafür sorgen, dass keine neuen Regulierungen und keine neue Bürokratie beschlossen werden. In Zukunft dürfen europäische Regulierungen nur noch 1 zu 1 in nationales Recht umgesetzt werden, das Goldplating, also die Übererfüllung von EU-Regulierung, muss beendet werden.
4. Wir brauchen wieder eine wissenschaftsbasierte Chemikalienpolitik. Die deutsche Textil- und Modeindustrie steht für eine verantwortungsvolle Regulierung von Chemikalien und Stoffen, die potenziell schädlich für Umwelt und Gesundheit sein könnten. Doch diese muss mit wissenschaftlichem Sachverstand und faktenbasiert erfolgen. Eine undifferenzierte, pauschale Regulierung gefährdet nicht nur Innovationen, sondern auch den Industriestandort Deutschland.
5. Wir stehen für eine starke Sozialpartnerschaft. Die zunehmende Einmischung des Staates in die Tarif- und Sozialpolitik hat aber ein äußerst problematisches Ausmaß erreicht. Immer häufiger werden Entscheidungen getroffen, die – wie z. B. der Mindestlohn – in die Verantwortung der Sozialpartner gehören. Dieses Vorgehen schwächt die Sozialpartnerschaft, es belastet die Wirtschaft und gefährdet die Effizienz des Sozialstaates. Hier muss sich die Politik dringend wieder zurückziehen. Notwendig sind außerdem eine Sozialversicherungsbremse und ein Fahrplan, die Beitragssätze wieder unter 40 Prozent zu begrenzen. Nur so können die Sozialversicherungssysteme dauerhaft stabilisiert werden.
6. Angesichts des angestrebten klimaneutralen Umbaus der deutschen Wirtschaft sowie der abnehmenden Wettbewerbsfähigkeit brauchen wir einen grundlegenden Kurswechsel in der Haushaltspolitik. Eine Re-Priorisierung der staatlichen Ausgaben ist unabdingbar. Wir halten an der Schuldenbremse fest. Für eine künftige reformierte und generationengerechte Schuldenregel ist die tatsächliche Fokussierung auf investive Ausgaben zwingend.

Freiheit wagen – Selbstverantwortung stärken

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wesentlicher Kern unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sie ist der unverzichtbare Grundpfeiler für die Stabilität und den Wohlstand unserer Demokratie und tief im Selbstverständnis von Staat und Gesellschaft verankert. Aus Sicht der deutschen Textil- und Modeunternehmer bietet die Soziale Marktwirtschaft einen verlässlichen Handlungsrahmen für Wachstum und nachhaltiges Wirtschaften, der auch den langfristigen gesellschaftlichen Nutzen im Blick hat. Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Verantwortung gehen Hand in Hand und geben den Unternehmen Sinn und auch eine Richtung, die sowohl wirtschaftlich als auch ethisch motiviert ist. Die Soziale Marktwirtschaft ist das erfolgreichste Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der deutschen Geschichte.

Der **Wettbewerb** um die besten Produkte und Dienstleistungen ist ein Herzstück der Sozialen Marktwirtschaft. Er gewährleistet, dass wirtschaftliche Prozesse dynamisch und effizient ablaufen und sorgt dafür, dass Unternehmen innovativ bleiben und ständig neue, verbesserte Produkte und Dienstleistungen entwickeln. Konsumenten profitieren vom Wettbewerb durch ein breiteres Angebot, bessere Qualität und fairere Preise. Wettbewerb fördert die Chancengleichheit, indem er allen Marktteilnehmern den Zugang zu Märkten ermöglicht und Monopole oder Marktmacht einschränkt. Er zwingt Unternehmen, ihre Ressourcen optimal einzusetzen, was insgesamt die Produktivität einer Volkswirtschaft steigert. Ohne Wettbewerb stagnieren Märkte, da es keinen Anreiz gibt, effizient zu arbeiten oder auf Kundenwünsche einzugehen. Staatliche Regulierungen und überbordende Bürokratie gefährden aber zunehmend den Wettbewerb in der Sozialen Marktwirtschaft.

Das **Leistungsprinzip** ist eine weitere zentrale Säule der Sozialen Marktwirtschaft und bildet die Grundlage für eine faire und dynamische Wirtschaftsordnung. Es besagt, dass individuelle Leistung und Einsatz maßgeblich über Erfolg und Anerkennung entscheiden, wodurch Eigeninitiative und persönliches Engagement gefördert werden. Das Leistungsprinzip motiviert Menschen, ihre Talente und Fähigkeiten bestmöglich einzubringen, was nicht nur dem Einzelnen, sondern der gesamten Gesellschaft zugutekommt. Ein wesentlicher Vorteil ist die Schaffung von Chancengleichheit, da es jedem ermöglicht, durch Anstrengung und Kreativität aufzusteigen und persönlichen Wohlstand zu erreichen.

In der Sozialen Marktwirtschaft wird das Leistungsprinzip durch **soziale Absicherungssysteme** ergänzt, um Menschen in schwierigen Lebenslagen zu unterstützen. Dadurch wird eine Balance zwischen individuellen Freiheiten und sozialer Verantwortung geschaffen, die sowohl wirtschaftliche Stabilität als auch gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Diese duale Struktur schafft eine Balance, die entscheidend für die gesellschaftliche Akzeptanz der unternehmerischen Freiheit ist. Unternehmerische Initiative wird gefördert und gleichzeitig werden soziale Spannungen aufgefangen, da allen Bürgern – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – durch sie Chancen offenstehen. Unser wirtschaftliches Handeln ist immer auch in einen größeren gesellschaftlichen Kontext eingebettet, das stärkt das Vertrauen der Menschen in unsere demokratischen Institutionen und in das Wirtschaftssystem als Ganzes. Eine funktionierende Soziale Marktwirtschaft verhindert gefährliche politische Entwicklungen am rechten und linken Rand unserer Gesellschaft.

Die Unternehmen profitieren von der Sozialen Marktwirtschaft und sind auch deshalb ihr wesentlicher Förderer. Die **Verantwortung** der Unternehmen liegt nicht nur in der Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen und in der Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen,

sondern auch in der Unterstützung und Förderung des gesellschaftlichen Miteinanders. Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als ein bloßes Wirtschaftsmodell, sie ist ein erfolgreiches Gesellschaftsmodell, das zeigt, dass wirtschaftlicher Erfolg und Gemeinwohl keine Gegensätze sind, sondern sich gegenseitig bedingen.

Solidarität und Subsidiarität sind dabei ein wesentliches Fundament. Solidarität bedeutet, dass sich die Starken für die Schwachen einsetzen und die Gesellschaft als Ganzes dafür Sorge trägt, dass niemand abgehängt wird. In der Sozialen Marktwirtschaft kommt Solidarität allen zugutekommen. Subsidiarität wiederum ermöglicht, dass Entscheidungen und Verantwortung immer möglichst nah an den betroffenen Menschen angesiedelt sind. Dieses Prinzip fördert Eigeninitiative und Selbstverantwortung, indem es den Einzelnen und kleinere Gemeinschaften stärkt. In der Praxis bedeutet Subsidiarität, dass der Staat nur dann eingreift, wenn der Einzelne oder Gemeinschaften nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben selbst zu bewältigen. Sie schafft die notwendige Freiheit für Bürger und Unternehmen; der Staat bleibt als helfende Instanz im Hintergrund, bereit einzugreifen, wenn Probleme gelöst werden müssen, die der Einzelne nicht lösen kann. Von Solidarität und Subsidiarität profitieren alle - jeder Einzelne und die Gesellschaft als Ganzes.

In den letzten Jahrzehnten sind in Deutschland jedoch die grundlegenden Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft immer mehr verwässert und ausgehöhlt, ja teilweise missachtet und missbraucht worden. **Bürokratische Strukturen** haben sich wie eine Krake ausgebreitet und ersticken durch Überregulierung zunehmend die bürgerliche und unternehmerische Freiheit. Für Unternehmen bedeutet das eine schleichende und weitgehende Einschränkung ihrer Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Die Anzahl an Vorschriften, Kontrollen und bürokratischen Hürden hat stetig zugenommen, was nicht nur die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit einschränkt, sondern auch die Flexibilität und Eigenverantwortung unternehmerischer Initiativen untergräbt.

Diese Überregulierung und die Fülle gesetzlicher Regelungen, die teilweise nicht abgestimmt oder sogar widersprüchlich sind, hat auch zur Folge, dass die Unternehmen oftmals nicht mehr sicher sein können, ob sie sich noch rechtstreuen verhalten. Die Basis einer funktionierenden Gesellschaft und Wirtschaft ist ein funktionierender Rechtsstaat. Ein funktionierender Rechtsstaat setzt wiederum eine in sich stimmige, übersichtliche und für Bürger und Unternehmen nachvollziehbare sowie praktisch umsetzbare Gesetzgebung voraus.

Auch die Bürger spüren diese Entwicklung, die mittlerweile zu einer Entfremdung von unserem Gemeinwesen geführt hat. Die wachsende **staatliche Regulierung** in zahlreichen Bereichen beschneidet persönliche Freiheiten. Steigende Steuern, Abgaben oder Sozialversicherungsbeiträge schränken die Handlungsmöglichkeiten von Bürgern und Unternehmen ein. Dieser Freiheitseingriff schadet dem Vertrauen von Bürgern, Unternehmern, ja der gesamten Gesellschaft in die Soziale Marktwirtschaft und damit in unseren Staat und unser Gemeinwesen.

Die **Einschränkungen der Freiheit** stellen eine direkte Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Eine lebendige Demokratie lebt davon, dass Bürger und Unternehmen eigenverantwortlich handeln können und ihre Rechte nicht durch staatliche Überregulierung oder Bevormundung beschnitten werden. Wenn der Staat zunehmend in gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse eingreift, schwindet nicht nur das Vertrauen in die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft, sondern auch in die politische Ordnung selbst.

Autoritäre Strukturen werden begünstigt, wenn staatliche Regulierung zur Regel statt zur Ausnahme wird. Der Verlust von bürgerlicher und wirtschaftlicher Freiheit legt die Axt an die bürgerliche Zustimmung zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Wir müssen daher den ursprünglichen Geist der Sozialen Marktwirtschaft wieder in den Mittelpunkt unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handelns stellen. Bürger und Unternehmen brauchen Freiheit und Vertrauen, um innovativ und flexibel auf die aktuellen Herausforderungen reagieren zu können. Nur wenn der Staat diesen Freiraum zurückgibt, kann Deutschland seine Position als führende Wirtschaftsnation behaupten und gleichzeitig seine sozialen Standards sichern. Deutschland braucht eine Wiederbelebung der Prinzipien von **Freiheit, Eigenverantwortung und Wettbewerb**, von **Subsidiarität, Solidarität und Chancengerechtigkeit**. Jetzt ist es an der Zeit, umfassende Reformen einzuleiten, die Deutschland fit machen für die Zukunft. Dazu müssen wir uns auch von zahlreichen Glaubenssätzen der letzten Jahrzehnte verabschieden.

Die nächste Bundesregierung muss dringend einen **wirtschaftsfreundlichen Kurs** einschlagen, damit Deutschland seine Position als führende Industrienation behaupten kann. Angesichts globaler Konkurrenz und u.a. steigender Energiekosten müssen Unternehmen entlastet und ihre Innovationskraft gestärkt werden, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Dazu müssen wir dringend auch die Staatsaufgaben und Staatsausgaben Repriorisieren und dürfen das Ambitionsniveau an die Unternehmen nicht noch weiter überziehen. Nur durch attraktive Rahmenbedingungen können neue Technologien und Produktionskapazitäten im Land gehalten werden. Damit wird nicht nur die Industrie gestützt, sondern auch die Versorgungssicherheit und die wirtschaftliche Stabilität Deutschlands gewährleistet.

Europa

Die politischen Entscheidungen der letzten Jahre haben die deutsche Wirtschaft hart an ihre Leistungsgrenze gebracht. Die wirtschaftlichen Erschütterungen bei zahlreichen großen Unternehmen sind nur die Spitze des Eisbergs, viele mittelständische Betriebe und Familienunternehmen stehen am Rand des Abgrunds. Die Ankündigungen der Kommissionspräsidentin nach der Europawahl gehen zum Teil in die richtige Richtung, reichen aber bei weitem nicht aus. Die versprochenen Erleichterungen für die Industrie müssen unverzüglich auf den Weg gebracht werden; noch in Vorbereitung befindliche neue belastende Vorschriften müssen umgehend ausgesetzt werden, um weiteren Schaden für europäische wie deutsche Unternehmen und Arbeitsplätze abzuwenden.

Die deutsche Textil- und Modeindustrie steht zur Nachhaltigkeit, fordert aber einen kohärenten und KMU-freundlichen regulatorischen Rahmen, der Innovationen fördert und Textilunternehmen nicht vom Markt verdrängt. Hierzu ist erforderlich, dass die Europäische Union

- das Diskontinuitätsprinzip und eine „sunset clause“ einführt
- die Chemikaliengesetzgebung an den Bedürfnissen der gesamten Lieferkette ausrichtet,
- die Verfügbarkeit von Chemikalien sicherstellt,
- KMU bei der Substitutionsforschung unterstützt und realistische Übergangsfristen festlegt,
- angemessene Übergangsfristen und das technisch und wirtschaftlich Machbare in der Gesetzgebung sicherstellt,
- die geplante Mikroplastik-Gesetzgebung überarbeitet,

- Berichtspflichten spürbar reduziert, auch bei der Taxonomie,
- zusätzlichen Bürokratieaufwand vollkommen stoppt.

Irrtum: Green Deal verbessert die Wettbewerbsfähigkeit

Die heimische Industrie ist bei ihren Investitionsentscheidungen mit einem Übermaß an Bürokratie, Rechtsunsicherheit und Verzögerungen konfrontiert. Darunter leidet die Attraktivität des Standorts Europa erheblich. Zahlreiche Regelungen des Green Deals haben die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen massiv geschwächt. Die EU muss künftig die Auswirkungen ihres Handelns auf die Wirtschaft sorgfältiger prüfen und für jede neue Gesetzgebung einen „Wettbewerbsfähigkeitstest“ einführen. Berichtspflichten müssen reduziert und harmonisiert werden. Bei der Schaffung neuer Rechtsvorschriften muss endlich das längst überfällige Prinzip „One-in-One-out“ substantiell angewendet werden. Der Posten des EU-KMU-Botschafters muss wieder neu besetzt werden, um sämtliche KMU-relevanten Dossiers in allen Dienststellen der EU-Kommission zu koordinieren. Der KMU-Botschafter soll als ordentliches Mitglied des Ausschusses für Regulierungskontrolle mit Stimmrechten berufen werden. Reine Konsultationsrechte reichen nicht aus.

Irrtum: Wenn die EU bei Nachhaltigkeit vorangeht, werden andere Länder folgen

Europäische Unternehmen allein können den ökologischen Fußabdruck ihrer Wettbewerber rund um den Globus nicht ausgleichen. Die EU ist mit nur fünf Prozent der Weltbevölkerung zu klein, um ihre Nachhaltigkeitsstrategie unilateral durchzusetzen. Mit international unabgestimmten Initiativen wie CBAM, CSDDD etc. macht die EU den heimischen Standort zunehmend unattraktiv für Handel und Investitionen. Um Verbesserungen für Umwelt und Klima sowie ein Level Playing Field für europäische Unternehmen zu schaffen, muss die EU ihre Nachhaltigkeitspolitik zumindest plurilateral mit den wichtigsten Handelspartnern abstimmen, sodass Unternehmen in den teilnehmenden Ländern nach den gleichen Regeln arbeiten.

Irrtum: Freihandel hat sich überholt

Internationaler Freihandel ist und bleibt für die EU und – ganz besonders für Deutschland – eine entscheidende Grundlage der Wettbewerbsfähigkeit. Nur wenn unbedingt erforderlich, sollten Handelsschutzmaßnahmen angewendet werden, so etwa gegenüber Wettbewerbern, die mit staatlich subventionierten Überkapazitäten operieren, die auf eine Verzerrung der internationalen Märkte abzielen. Ausstehende Freihandelsabkommen müssen so schnell wie möglich verabschiedet werden. Freihandelsabkommen mit Partnerländern der EU müssen EU-Unternehmen effektiven Marktzugang zu diesen Märkten bieten. Dies gilt insbesondere für Indien, wo die EU ein erhebliches Handelsdefizit bei Textilien und einen schwierigen Marktzugang hat. Auch die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA müssen wieder aufgenommen werden. Um die Komplexität internationaler Handelsregeln zu verringern und den Handel für KMU zu erleichtern, muss die EU Zollverfahren vereinfachen, harmonisieren und beschleunigen.

Irrtum: Deutschland ist die Lokomotive für Europa

In den letzten Jahren hat Deutschland international und in der Europäischen Union erheblich an Einfluss verloren. Es fehlt eine deutsche Vision für das zukünftige Europa. Die neue Bundesregierung muss sich daher dringend darum kümmern, den EU-Binnenmarkt weiter zu vertiefen und den freien Verkehr von Waren, Arbeitskräften und Dienstleistungen auch in Krisenzeiten zu sichern. Wir brauchen wieder mehr deutsche Impulse auf EU-Ebene für mehr

Zusammenarbeit und Harmonisierung und für weniger nationale Sonderwege und Fragmentierung.

Um Entscheidungen in der EU zu beschleunigen und die Vorhersehbarkeit zu erhöhen, muss die Anzahl derjenigen Bereiche reduziert werden, in denen Einstimmigkeit erforderlich ist. Schließlich muss sich die neue Bundesregierung für die Einführung des Diskontinuitätsprinzips einsetzen. Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union schafft die Voraussetzungen, dass die Kommission Vorschläge ändern und zurückziehen kann, solange kein Beschluss des Rates ergangen ist. Die Kommission muss in Zukunft häufiger von dieser Möglichkeit Gebrauch machen – insbesondere, wenn sich die Rahmenbedingungen, unter denen der Vorschlag gemacht wurde, völlig verändert haben und die Konsequenzen der Gesetzgebung daher nicht kontrollierbar sind. Sinnvoll ist darüber hinaus die Einführung einer „sunset clause“, also die Festlegung eines Verfalldatums für gesetzliche Maßnahmen.

Corporate Social Responsibility

Corporate Social Responsibility (CSR) bezeichnet die Verantwortung von Unternehmen, sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig zu handeln. Dies umfasst Maßnahmen wie umweltfreundliche Produktionsprozesse, faire Arbeitsbedingungen, Engagement in der Gemeinschaft und ethische Geschäftspraktiken. Beginnend mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz von 2021 wird dieser Bereich der menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten vor allem aus Europa im Rahmen des Green Deals massiv überreguliert.

Irrtum: Nachhaltigkeit steigt durch Regulierung und Verbote

Die überproportionale Belastung im weltweiten Vergleich durch Bürokratie, unklare und vage formulierte Pflichten sowie damit verbundene Risiken durch die europäische Gesetzgebung gefährdet zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Die tatsächlichen, kombinierten Auswirkungen von Gesetzgebungsvorschlägen auf EU-Ebene werden kaum geprüft. Die Folgen sind oftmals komplett andere als beabsichtigt. Die kumulierten Auswirkungen mehrerer Gesetze werden häufig nicht abgeschätzt oder bemessen, was zu umfassenden bürokratischen Vorgaben paralleler Gesetzgebungsakte führt. Eine Folgenabschätzung findet nur zu Beginn des Gesetzgebungsprozesses statt, im Gesetzgebungsverfahren werden aber später teils massive Änderungen vorgeschlagen, deren Folgen völlig unklar bleiben und zu gravierenden Unsicherheiten in der Industrie führen. Die Anzahl delegierter Rechtsakte der Kommission steigt kontinuierlich, komplexe politische Entscheidungen werden dadurch immer häufiger ohne verlässliche demokratische Kontrolle getroffen. Die fehlende Mittelstandsperspektive im Gesetzgebungsprozess führt häufig zu unerwarteten und vor allem schädlichen Konsequenzen für KMU.

Die Unternehmen stehen aktuell vor großen Schwierigkeiten aufgrund komplizierter, unkoordinierter und unberechenbarer Nachweis- und Berichtspflichten. Neue Gesetzesvorhaben müssen entweder ganz entfallen oder, wo dies nicht möglich ist, so ausgestaltet sein, dass Bürokratie und Regulierung durch das Vorhaben sinken und keinesfalls weiter steigen. Dabei sollte die EU die angekündigte Senkung der Berichtspflichten um 25 Prozent vollständig umsetzen und sich verpflichten, eine weitere Senkung für KMU um bis zu 50 Prozent zu erreichen. Für die nächsten drei Jahre muss ein vollständiges Moratorium dafür sorgen, dass keine neuen Regulierungen und keine neue Bürokratie in Deutschland und

Europa beschlossen werden. Das gilt insbesondere für folgende Gesetze und Gesetzesvorlagen, die (absehbar) Mehrbelastungen schaffen:

- Richtlinie über Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD): Umfangreiche und komplexe Berichtsanforderungen durch zwölf Berichtsstandards. Weitere, sektorspezifische Berichtsstandards sind bereits in Vorbereitung.
- Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (CSDDD): Umfangreiche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten mit Blick auf Wertschöpfungsketten; Erstellung eigener Berichtsstandards per delegiertem Rechtsakt für Unternehmen, die nicht unter CSRD-Richtlinie fallen.
- Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR): Die EU-Verordnung verpflichtet alle Unternehmen, die die Rohstoffe Kakao, Rind, Kaffee, Holz, Palmöl, Kautschuk und Soja und bestimmte Folgeerzeugnisse daraus (ca. 800+ Produkte) in den Verkehr bringen, eine Sorgfaltspflichtenerklärung hinsichtlich der Entwaldungsfreiheit mit entsprechenden Nachweisen abzugeben. Ansonsten droht ein Verkaufsverbot.
- Richtlinienvorschlag über die Nachweisbarkeit und Kommunikation umweltbezogener Produktangaben („Green Claims Directive“): Unternehmen sollen jede Werbeaussage unter Vorlage umfangreicher Nachweispflichten ex-ante von einem Prüfer zertifizieren lassen, was zu zusätzlichen Kosten und Bürokratie führt.
- Verordnungsvorschlag über ein Verbot von Zwangsarbeitsprodukten: Informations- und Sorgfaltspflichten in der gesamten Wertschöpfungskette; Pflichten im Binnenmarkt mit Blick auf betroffenes Produkt.
- Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz: Unternehmen mit über 1 000 Beschäftigten und Sitz in Deutschland müssen die Einhaltung von elf Menschenrechts-Übereinkommen und drei Umweltabkommen entlang ihrer Lieferketten gewährleisten. Dabei müssen sie potenzielle sowie tatsächliche Risiken ermitteln, diese dokumentieren und durch Präventions- und Abhilfemaßnahmen minimieren bzw. abstellen.

Deutschland muss sich nachdrücklich für die Abschaffung der zusätzlichen Berichts- und Nachweispflichten aus dem „Green Deal“ einsetzen. Insbesondere in den Beratungen zum Draghi-Bericht können derartige Initiativen einfließen. Die konkrete Prüfung möglicher Folgen der Gesetzgebung muss zum Standardverfahren gemacht werden – nicht nur durch die Kommission, sondern auch bei Weiterentwicklung und Neufassung der Gesetzestexte durch EP und Rat. Auch delegierte Rechtsakte müssen einer Folgenabschätzung unterzogen werden. Wir brauchen wieder die ausgewogene Balance zwischen Regulierung und unternehmerischer Freiheit in einem verlässlichen Ordnungsrahmen. In Zukunft dürfen europäische Regulierungen nur noch 1 zu 1 in nationales Recht umgesetzt werden, das Goldplating aller vorhergehenden Bundesregierungen muss beendet werden.

Energie- und Klimapolitik

Der deutsche Sonderweg in der Energie- und Klimapolitik ist gescheitert, und wir erleben aktuell eine beispiellose Deindustrialisierung Deutschlands. Wir werden die Klimaziele nur mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und echter Technologieoffenheit erreichen. Nur dann kann Deutschland von einem Vorreiter, dem niemand folgt, zu einem echten und weltweiten Vorbild im Klimaschutz werden. Damit werden ausdrücklich nicht die Klimaziele infrage gestellt, allerdings muss der Weg zur Erreichung tabulos diskutiert werden.

Irrtum: Umstellung auf Klimaneutralität löst ein neues Wirtschaftswunder aus

Bereits die letzte Große Koalition von CDU, CSU und SPD hatte die deutschen Klimaziele gegenüber den bereits vereinbarten EU-Klimazielen deutlich verschärft und das Ziel der Klimaneutralität für Deutschland auf 2045 vorgezogen. Dieser nationale Alleingang und Sonderweg führt aber unter dem europäischen CO₂-Gesamtdeckel nicht zu zusätzlichen CO₂-Minderungen, sondern nur dazu, dass Deutschland einen größeren Anteil der Lasten zur Erreichung des EU-Klimaziels tragen muss. Dem weltweiten Klimaschutz nutzt dieser deutsche Alleingang nichts. Angesichts der Deindustrialisierung, die bereits in Deutschland stattfindet, und der andauernden Wirtschaftsschwäche muss dieses nationale Sonderziel aufgegeben werden und Deutschland sollte zum gemeinsamen europäischen Zielkorridor zurückkehren.

Irrtum: Emissionshandel schafft keinen wirksamen Klimaschutz

Der europäische Emissionshandel beweist seit 2005, dass durch ihn das EU-Klimaziel wirksam und effizient erreicht wird, denn er gibt nur genauso viele Emissionsrechte in den Markt, wie unter dem jeweiligen Klimaziel noch zulässig sind. Die Mehrkosten, die die Unternehmen im internationalen Wettbewerb durch den Emissionshandel erleiden, weil die Klimaschutzanstrengungen weltweit sehr ungleich sind, werden in diesem System durch eine teilweise kostenlose Zuteilung der Emissionsrechte ausgeglichen (Carbon-Leakage-Schutz). Der Emissionshandel sollte deshalb zusammen mit einem wirksamen Carbon-Leakage-Schutz auf alle Klimagasemissionen in der EU ausgeweitet werden. Bis der Emissionshandel für alle Klimagasemissionen in der EU wirksam ist, muss der rein nationale deutsche CO₂-Preis ausgesetzt werden.

Der europäische Emissionshandel hat bewiesen, dass er zur Erreichung der Klimaziele führt, ohne dass weitere Maßnahmen erforderlich wären. Aus diesem Grund wird der Emissionshandel auch von fast allen Wissenschaftlern als das bevorzugte Instrument für einen effektiven Klimaschutz bewertet. Weltweit setzt sich diese Erkenntnis immer stärker durch, und der Emissionshandel wird in immer mehr Ländern eingeführt. Da der Emissionshandel bereits zur sicheren Erreichung der Klimaziele führt, bedarf es keiner weiteren Subventionen, Regulierungen oder Verbote von Technologien mehr, die nur zu Ineffizienzen, Unsicherheiten und Widerständen führen.

Das aktuelle Scheitern der Kraftwerksstrategie, mit der die Bundesregierung Kraftwerke zur Bereitstellung gesicherter Leistung anreizen wollte, zeigt, dass in einem Umfeld ständiger politischer Eingriffe und Steuerungen niemand mehr bereit ist, große Investitionen zu tätigen. Dieses Scheitern führt dazu, dass Deutschland voraussichtlich den Ausstieg aus der Kohleverstromung erst deutlich später als geplant erreichen wird und dass der ökologische Fußabdruck der deutschen Stromerzeugung trotz jahrelanger massiver Subventionierung der Erneuerbaren Energien nach wie vor viel schlechter ist als der vieler anderer Industriestaaten. Kleinteilige Technologieförderungen, Regulierungen und Verbote können und müssen daher unter dem Emissionshandel entfallen.

Irrtum: Deutschland kann auf Kernenergie, Erdgasfracking und CO₂-Abscheidung verzichten

In den letzten Jahren wurden in Deutschland Technologien, die anderswo seit Jahren oder Jahrzehnten ohne Probleme oder Schäden angewendet werden, systematisch diskreditiert. Dadurch wurde der Weg zur Klimaneutralität immer mehr verengt. Oftmals wurden unhaltbare und offen unwahre Argumente ins Feld geführt, die aber bei einer teils technologieskeptischen

Öffentlichkeit auf offene Ohren stießen. Dieses Ausschließen von offensichtlichen Lösungen, die das Erreichen der Klimaziele deutlich erleichtern würden, hat Deutschland im Klimaschutz international fast vollständig isoliert. Der deutsche Weg einer Fixierung auf nur einen möglichen Weg zur Klimaneutralität findet keine Nachahmer und wird international offen als schädlich für Wirtschaft und Gesellschaft abgelehnt. Wir brauchen eine ideologie- und vorurteilsfreie Beurteilung alter und neuer Technologien: Kernenergie, Erdgasfracking und CO₂-Abscheidungen müssen vorurteilsfrei geprüft werden. Ziel muss es sein, eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung bereitzustellen, damit Deutschland auch in den nächsten Jahrzehnten noch eine Industrienation ist.

Irrtum: Erneuerbare Energien müssen vor Wettbewerb geschützt werden

Erneuerbare Energien erzeugen mittlerweile mehr als die Hälfte des Stroms in Deutschland. Diese Technologien wurden über viele Jahre mit Milliardenbeträgen gefördert und haben dadurch sehr schnell eine hohe Marktdurchdringung erreicht. Mittlerweile sind Technologien wie Fotovoltaik und Windenergie durch die enormen, von den deutschen Stromverbrauchern und Steuerzahlern finanzierten Skaleneffekte international preislich wettbewerbsfähig und werden weltweit auch ohne Subventionen angewendet. Da durch den Emissionshandel die Klimaziele sicher erreicht werden und die Erneuerbaren Energien international bereits preislich wettbewerbsfähig sind, kann und muss die bisherige Förderung durch Stromverbraucher und Steuerzahler in Deutschland beendet werden.

Irrtum: Der Um- und Ausbau der Energienetze ist auf dem richtigen Weg

Die Energiewende erfordert einen vollständigen Um- und Ausbau der Energienetze in Deutschland. Dieser ist weitgehend unvermeidlich, wenn Deutschland zu großen Teilen elektrifiziert und das fossile Erdgas durch Wasserstoff ersetzt werden soll. Dieser Um- und Ausbau der Netze wird in den nächsten Jahren mehrere hundert Milliarden Euro kosten und muss daher möglichst effizient und kostengünstig erfolgen. Zugleich dürfen die Kosten die Energienutzer nicht überfordern, wenn die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende erhalten bleiben bzw. wiederhergestellt werden soll. Daher muss u. a. auf teure Erdkabel verzichtet, die Transformationskosten über die gesamte Nutzungsphase der Netze verteilt und ein Teil der Netzkosten aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.

Umweltpolitik

Eine verantwortungsvolle Regulierung von Chemikalien und Stoffen, die potenziell schädlich für Umwelt und Gesundheit sind, ist notwendig und richtig. Doch sie muss mit Sachverstand und Augenmaß erfolgen. Eine undifferenzierte, pauschale Regulierung, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben, gefährdet nicht nur Innovationen, sondern auch den Industriestandort Deutschland. Es besteht die Gefahr, dass besonders zentrale Produkte der Textilindustrie, wie z. B. Funktionstextilien, wasserabweisende Stoffe und medizinische Textilien, nicht mehr in Deutschland und Europa produziert werden können. Im schlimmsten Fall erfüllen lebensrettende Anwendungen wie Schutzausrüstung nicht mehr die notwendigen Standards, da wichtige Funktionen der Grundmaterialien nicht mehr gewährleistet sind.

Irrtum: Textil ohne Chemie ist kurzfristig möglich

Die deutsche Textilindustrie ist ein zentraler Pfeiler für Innovation, Nachhaltigkeit und hochwertige Produkte. Doch sie steht seit Jahren unter enormem Druck durch hohe Umweltauflagen, regulatorische Unsicherheiten und internationalen Wettbewerb –

insbesondere aus Niedriglohnländern mit sehr viel geringeren Umweltauflagen. Eine umweltpolitische Strategie, die die Textilbranche stärkt, ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland.

Forschung und Industrie benötigen gezielte politische und finanzielle Unterstützung, um sichere und nachhaltige Alternativen zu entwickeln. Es muss berücksichtigt werden, dass Forschungs- und Entwicklungsprozesse Jahre in Anspruch nehmen können. Verlässliche Übergangsfristen und langfristige Strategien sind unerlässlich, damit Unternehmen ausreichend Zeit für die Umstellung haben. Eine Regulierung, die schneller ist als die Innovationszyklen der Forschung, führt zu Unsicherheiten und wirtschaftlichen Nachteilen.

Staatliche Vorgaben zur Einhaltung von Grenzwerten müssen wissenschaftlich fundiert und wirtschaftlich umsetzbar sein. Unrealistische, ja utopische Werte belasten Unternehmen und sind letztlich nicht erreichbar. Stoffverbote und Grenzwerte sind nur dann zulässig, wenn ohne diese Einschränkungen eine wissenschaftlich nachweisbare Gefährdung für Leib, Leben oder Gesundheit besteht. Nicht abbaubare Substanzen sind nicht per se gefährlich. Gesetzestexte müssen präzise formuliert sein, um Unklarheiten und Grauzonen zu vermeiden. Unklare Regelungen schaden der Industrie, da sie keine klare Orientierung bieten, welche Stoffe oder Anwendungen zulässig sind. Die Einhaltung von Vorschriften muss eindeutig geregelt sein, um Unternehmen eine solide Basis für Investitionen und die langfristige Entwicklung neuer Technologien zu ermöglichen.

Irrtum: IED muss im deutschen Recht nachgeschärft werden

Die Textilbranche hat sich im Bereich Immissionsschutz stets kooperativ gezeigt und aktiv an der Entwicklung der BVT-Dokumente (Beste Verfügbare Techniken) mitgewirkt. Sie ist dem Auftrag der Politik nachgekommen, nachhaltige Lösungen zu finden und Emissionen zu reduzieren. Durch die anstehende Umsetzung der IED 2.0 (Industrial Emissions Directive) in deutsches Recht droht jetzt jedoch eine überflüssige Ausweitung der Genehmigungspflichten auf Verfahren ohne wirkliche Emissionsrelevanz. Diese Erweiterung würde zu einer zusätzlichen Belastung führen, ohne dass eine tatsächliche Notwendigkeit besteht.

Sollte Deutschland bei der Umsetzung der IED 2.0 deutlich strenger vorgehen als andere EU-Länder, bedeutet dies für Unternehmen höhere Kosten und mehr bürokratischen Aufwand. Die bestehenden Anforderungen sind bereits anspruchsvoll genug. Eine zusätzliche Verschärfung im deutschen Recht würde keine echten Umweltvorteile bringen, sondern zu einer erheblichen Wettbewerbsverzerrung beitragen. Wichtig ist, dass die Vorgaben technologieoffen und flexibel gestaltet werden und die Entbürokratisierung der Verfahren vorangetrieben wird. Nur so können die Unternehmen weiterhin international konkurrenzfähig bleiben.

Irrtum: Deutschland setzt Standards

Internationale Normen und Standards, die die Grundlage für den globalen Wettbewerb bilden, werden zunehmend außerhalb Europas geprägt – auch die Textilindustrie ist davon betroffen. Dies birgt die Gefahr, dass europäische und deutsche Unternehmen durch technisch und politisch inkompatible Standards benachteiligt werden, was die internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter schwächen könnte. Die deutsche Politik muss die Bedeutung der Normung für den internationalen Wettbewerb erkennen und fördern. Unternehmen und Verbände sollten stärker in internationalen Normungsgremien vertreten sein. Hierzu bedarf es finanzieller Unterstützung und administrativer Erleichterungen.

Normen müssen die deutsche Innovationsführerschaft widerspiegeln, insbesondere im Bereich nachhaltiger Textilproduktion. Um dies zu gewährleisten, muss die Industrie aktiv in den Normungsprozess eingebunden werden. Normung, die hauptsächlich durch Testinstitute und politische Institutionen vorangetrieben wird, verschiebt das Gleichgewicht zugunsten anderer Interessen und schadet langfristig der Industrie. Normung ist politisch, aber nicht nur. Deutschland muss beim Entwurf von Standardisierungsaufträgen für die Textilbranche durch die EU-Kommission darauf achten, dass diese Aufträge die bereits bestehenden anspruchsvollen Auflagen berücksichtigen. Vorgaben durch die Politik können sinnvoll sein, dürfen jedoch nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Branche gefährden und zu unnötigen zusätzlichen Bürden führen.

Kreislaufwirtschaft

Kreislaufwirtschaft ist weit mehr als ein Umweltschutzkonzept – sie stellt einen zentralen Hebel dar, um Ressourcenverbrauch zu reduzieren, innovative Geschäftsmodelle zu fördern und die wirtschaftliche Resilienz zu stärken. In Zeiten globaler Rohstoffknappheit und wachsender gesellschaftlicher Erwartungen an nachhaltiges Wirtschaften liegt hierin die Chance, ökologische Verantwortung mit wirtschaftlicher Prosperität zu vereinen. Damit Deutschland und Europa als Industriestandorte auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben, ist eine engagierte Politik gefragt, die die Transformation zur Circular Economy konsequent vorantreibt – im Einklang zwischen Ökonomie und Ökologie. Alle neuen gesetzlichen Vorgaben – und nicht nur zur Kreislaufwirtschaft – müssen sich an dem natur- und ingenieurwissenschaftlich Machbaren und nicht am politisch Wünschbaren orientieren.

Irrtum: Kreislaufwirtschaft hat keine Potenziale für wirtschaftlichen Nutzen

Eine strategisch gut implementierte Kreislaufwirtschaft kann nicht nur Abfälle vermeiden, sondern auch nachhaltige Wertschöpfung fördern und Innovationspotenziale erschließen. Durch die Förderung zirkulärer Geschäftsmodelle – wie Produktdesigns für Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit – wird nicht nur die Umwelt geschont, sondern wird auch die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt. Dafür bedarf es einer umfassenden Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie, die eindeutige und messbare Ziele zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs formuliert und (Alt-)Textilien als Sekundärrohstoff anerkennt. Zusätzlich müssen wirtschaftliche Anreize geschaffen werden, um Unternehmen den Übergang zur Circular Economy zu erleichtern.

Irrtum: Herstellerverantwortung bedeutet, Produzenten zahlen an die Abfallwirtschaft

Die Einführung einer Erweiterten Herstellerverantwortung (EPR) für Textilien stellt eine erhebliche Umstellung für die Industrie und Inverkehrbringer dar. Künftig müssen Unternehmen die gesamte Lebensdauer ihrer Produkte verantworten – von der Herstellung über die Nutzung bis hin zur umweltgerechten Entsorgung. Um diese Herausforderung erfolgreich zu meistern, ist es entscheidend, branchenspezifische und wettbewerbsneutrale EPR-Systeme und Rücknahmelösungen zu entwickeln, die die Perspektive der Hersteller und Inverkehrbringer in den Mittelpunkt stellen. Teure und ineffiziente Bürokratiestrukturen müssen vermieden werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern und gleichzeitig erfolgreich Umweltziele umzusetzen. Dazu ist eine Harmonisierung der EPR-Regelungen auf europäischer Ebene unerlässlich. Konkret fordern Hersteller und Inverkehrbringer vom Gesetzgeber klare und schlanke systemische Lösungen im Einklang mit der Abfallwirtschaft.

Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Industrie, Handel und Politik muss sichergestellt werden, dass die Erweiterte Herstellerverantwortung für Textilien nicht nur effektiv umgesetzt wird, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der Branche erhält. Praxisnahe Lösungen, die ökologische und ökonomische Ziele gleichermaßen berücksichtigen und langfristig zu einer nachhaltigeren Textilwirtschaft beitragen, müssen gemeinsam mit und aus der Herstellerindustrie entwickelt werden.

Irrtum: Ökodesign-Anforderungen sind einfach zu definieren und problemlos umzusetzen

Die EU-Ökodesign-Verordnung (ESPR) zielt darauf ab, nachhaltige Produkte als Standard in der EU zu etablieren und nimmt dabei auch die Textilbranche in den Fokus. Verbindliche Anforderungen an Haltbarkeit, Reparierbarkeit und den Einsatz recycelter Materialien sollen die Ressourcennutzung reduzieren und die Umweltbelastung verringern. Ergänzend dazu sollen digitale Produktpässe Transparenz entlang der Lieferkette schaffen und die Nachverfolgbarkeit von Materialien und Produkten verbessern.

Bei allem grundsätzlichen Verständnis für diese Zielsetzung darf beim Ambitionsniveau jedoch nicht überzogen werden, sodass eine nachvollziehbare und praktische Umsetzung erschwert bzw. unmöglich wird. Bereits jetzt steht die Textilbranche vor zahlreichen Herausforderungen, und die vorliegenden Gesetzesentwürfe weisen teils Unstimmigkeiten und Überschneidungen auf. Die Politik muss daher sicherstellen, dass die Ökodesign-Anforderungen praxisorientiert und zusammen mit der tatsächlichen Herstellerindustrie erarbeitet werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Textilindustrie – vor allem des Mittelstands – im globalen Markt zu erhalten. Die Ausarbeitung von Anforderungen, wie der Recyclingfähigkeit oder dem Einsatz recycelter Materialien, muss in der tatsächlichen Umsetzung für Textilien zwingend unter Einbeziehung der Expertise der Herstellerindustrie erfolgen. Fachfremde und -unkundige Stakeholder dürfen keine dominierende Rolle einnehmen. Einheitliche und praxistaugliche Definitionen sowie Messmethoden sind notwendig, um Rechtssicherheit zu gewährleisten. Nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Industrie und Politik sowie praxistaugliche Lösungen kann die ESPR zu einer erfolgreichen Transformation der Textilbranche beitragen.

Irrtum: Eine nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie ist nur Orientierungshilfe

Deutschland benötigt eine Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie, die Umweltziele mit industriepolitischen Prioritäten verbindet, um sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Vorteile zu erzielen und langfristige Investitionssicherheit zu gewährleisten. Eine solche Strategie muss bestehende Maßnahmen bündeln, Prioritäten für alle Phasen der Wertschöpfung definieren und bürokratische Hürden abbauen, die den Fortschritt behindern. Besonders wichtig ist die gezielte Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, um ihnen den Übergang zur Circular Economy zu erleichtern und Innovationen zu fördern.

Tarif- und Sozialpolitik

Die Einmischung des Staates in die Tarif- und Sozialpolitik hat in Deutschland ein äußerst problematisches Ausmaß erreicht. Immer häufiger werden Entscheidungen getroffen, die eigentlich in die Verantwortung der Sozialpartner gehören und die die Kosten für die Sozialversicherungssysteme weiter steigen lassen. Dieses Vorgehen schwächt die soziale Partnerschaft, belastet die Wirtschaft und gefährdet die Effizienz des Sozialstaates. Hier muss sich die Politik dringend wieder zurückziehen.

Irrtum: Staatliche Eingriffe in die Entgeltpolitik stärken die Wirtschaft

Bei Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015 waren sich Wirtschaft und Politik einig, dass die Lohnfindung in den Händen der Sozialpartner bleiben muss. Ein politischer Mindestlohn sollte verhindert werden, da er sonst in jedem Wahlkampf missbraucht werden könnte. Genau dies ist aber schon im Jahr 2022 geschehen und droht in Zukunft immer wieder. Der Staat muss sich aus der Festlegung des gesetzlichen Mindestlohns heraushalten. Die bestehenden gesetzlichen Vorgaben und das austarierte Lohnfindungssystem gewährleisten in der Mindestlohnkommission eine transparente faire Lohnfindung zwischen den Sozialpartnern, die sowohl die Interessen der Beschäftigten als auch der Arbeitgeber berücksichtigt.

Irrtum: Tariftreuegesetz schafft faire Löhne und stärkt die Tarifbindung

Es ist ein ideologischer Irrtum zu glauben, „faire Löhne“ würden eine Tarifbindung voraussetzen. Zahlreiche Unternehmen ohne Tarifbindung zahlen bereits aktuell „über Tarif“ und gehen damit über die Entgelte unterschiedlicher Tarifverträge hinaus. Daher gilt: Unternehmen müssen weiterhin in der Entscheidung frei bleiben, sich einem Tarifvertrag anzuschließen oder nicht. Tariftreue Regelungen verletzen hingegen das Grundrecht der negativen Koalitionsfreiheit. Ein Bundestariftreuegesetz würde zudem dazu führen, dass nicht mehr das beste Angebot berücksichtigt wird. Vielmehr erzeugen Tariftreue Regelungen und Vergabegesetze einen hohen bürokratischen Aufwand, der bereits dazu geführt hat, dass es für öffentliche Ausschreibungen teilweise keine Bewerbungen mehr gab. Damit ist auch bei der Einführung eines Bundestariftreuegesetzes zu rechnen.

Irrtum: Mehr Flexibilität im Arbeitszeitrecht ist unnötig

Unternehmen und Beschäftigte nutzen heute schon die Spielräume, die das Arbeitszeitrecht in Deutschland ermöglicht. Diese Flexibilisierungen sind jedoch bei weitem nicht ausreichend. Die Realität zeigt, dass das deutsche Arbeitszeitrecht den Anforderungen der modernen Arbeitswelt nicht mehr gerecht wird und weit hinter den Möglichkeiten der europäischen Arbeitszeitrichtlinie zurückbleibt. Aufgrund der rasanten Digitalisierung, des wachsenden globalen Wettbewerbs und einer sich verändernden Lebenswirklichkeit bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen endlich weitere Spielräume geschaffen werden: Insbesondere eine Anbindung der Höchstarbeitszeitgrenze an die Woche und die Möglichkeit der flexibleren Gestaltung von Ruhezeiten können zu mehr Flexibilität führen.

Irrtum: Bürokratie im Arbeitsrecht sorgt für Stabilität und Transparenz in der Wirtschaft

Keine Frage, ein gewisser Regulierungsrahmen ist notwendig, um das Funktionieren von Staat und Wirtschaft zu organisieren. Doch in Deutschland hat die Bürokratie überhandgenommen: Wirtschaft und Gesellschaft ersticken daran. Statt sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren zu können, sind Unternehmen gezwungen, sich in hohem Maße mit bürokratischen Vorgaben zu beschäftigen. Zahlreiche Arbeitgeber müssen zur Bewältigung der Bürokratie mittlerweile zusätzliches Personal einstellen. Zwar hat sich durch die Bürokratie-Entlastungsgesetze bereits etwas bewegt, ausreichend ist dies jedoch bei Weitem noch nicht. Wir brauchen viel mehr Initiativen, um bestehendes (Arbeits-)Recht zu entschlacken. Hierzu zählen beispielsweise die Abschaffung weiterer überflüssiger Schriftformerfordernisse, z. B. bei der Befristung.

Irrtum: Bürgergeld schafft gerechte und effiziente soziale Sicherheit

Der Arbeitsmarkt hat sich in all den Jahren gedreht: Derzeit bestimmen der Arbeitskräftemangel sowie Kompetenzanpassungen die Debatte. Wir brauchen daher ein System, Menschen schnell wieder in Arbeit zu bringen. Die Einführung des Bürgergeldes war ein Fehler. Fördern und fordern ist weiterhin der Kern einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik. Die Politik muss beim Bürgergeld rasch nachbessern. Schärfere Sanktionen für Menschen, die sich einem zumutbaren Arbeitsangebot verweigern, sind richtig. Der Fokus muss mehr auf Integration in Arbeit liegen.

Irrtum: Sozialversicherungsbeiträge müssen steigen, um soziale Sicherheit zu garantieren

In kaum einem anderen Land bleibt den Beschäftigten so wenig von ihrem erwirtschafteten Einkommen wie in Deutschland. Vor allem die hohen Sozialversicherungsbeiträge sind dafür verantwortlich. Vor dem Hintergrund der historisch höchsten, dynamisch steigenden Krankenkassenbeiträge und der weiter steigenden Renten- und Pflegebeiträge müssen jetzt alle Anstrengungen darauf gerichtet sein, die Kosten dauerhaft zu senken und zu begrenzen. Arbeit darf nicht weiter durch ausufernde Steigerungen der Sozialversicherungsbeiträge verteuert werden. Notwendig sind daher eine Sozialversicherungsbremse und ein realistischer Fahrplan, wie die Beitragssätze wieder auf unter 40 Prozent begrenzt werden können. Nur so können wir unsere Sozialversicherungssysteme dauerhaft stabilisieren.

Irrtum: Die Fachkräftesicherung ist gelungen

Der Fachkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Bis 2030 werden rund fünf Millionen mehr Menschen in Rente gehen als in den Arbeitsmarkt eintreten, was die Fachkräftengpässe weiter verschärfen wird. Bisher haben die Bundesregierungen nur sehr zögerlich auf diese Entwicklung reagiert. Die neue Bundesregierung muss sich ehrlich machen und diesem Trend entgegenwirken. Dazu ist es dringend notwendig das Renteneintrittsalter schrittweise anzuheben, um erfahrene Arbeitskräfte länger im Erwerbsleben zu halten. Zudem besteht die Notwendigkeit, die Erwerbsmigration deutlich zu stärken. Deutschland muss ein attraktiveres Ziel für qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland werden. Dazu gehören Maßnahmen wie die Vereinfachung von Visaverfahren, die schnellere Anerkennung ausländischer Qualifikationen und eine gezielte Sprachförderung.

Recht

Rechtssicherheit und Rechtsklarheit sind unverzichtbar für die wirtschaftliche Prosperität eines Landes. Unternehmen benötigen daher einen zuverlässigen rechtlichen Handlungsrahmen, der flexibel ist, um schnell und unbürokratisch innovative Entwicklungen zu fördern. Die letzten Jahre sind kleine und mittelständische Unternehmen durch die wachsende Bürokratielast erheblich geschwächt worden. Dem muss die neue Regierung entgegenreten und unnötige gesetzliche Verpflichtungen wieder rückgängig machen, denn die Aufgabe des Rechts ist es, die Soziale Marktwirtschaft zu befördern, nicht aber sie zu strangulieren.

Irrtum: Viele neue Gesetze führen zu Rechtssicherheit

Viele neue Gesetze sind nicht Beweis für die Effektivität einer Regierung oder eines Staates. Die aktuelle Gesetzes- und Verordnungsflut ist für die Unternehmen in Deutschland erdrückend. Vor diesem Hintergrund sollten bewährte Gesetze, wie die Regelungen zu Allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht auf den Prüfstand gestellt werden. Kleine und

mittlere Unternehmen sind das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Hier gilt es, vorrangig bewährte Rechtsstrukturen zu erhalten, die die KMU-Interessen gegenüber marktbeherrschenden oder dominierenden Konkurrenten schützen.

Immer mehr Verordnungen und Ausführungsbestimmungen schaffen auch immer mehr kostenintensive Nachbesserungspflichten für Unternehmen, wobei sie im Unklaren gelassen werden, welche konkreten Anforderungen eigentlich einzuhalten sind. Beispielhaft sei hier nur die neue Produktsicherheitsverordnung genannt, die Unternehmen zur Pflicht macht für jedes Produkt vorab so bezeichnete Risikoanalysen zu erstellen, unabhängig davon, ob es sich um eine Wollsocke oder einen Heizstrahler handelt.

Irrtum: Staatliche Regulierung sichert freien Wettbewerb und spart Kosten

Viele Neuregelungen der EU oder des nationalen Gesetzgebers erzeugen einen nutzlosen Bürokratieaufwand. Neue Nachweispflichten erfordern immer mehr kostenintensive staatliche Kontrollorgane. Dabei geht das Bewusstsein verloren, dass unsere Rechtsordnung bereits wirksame Mittel bereithält, irreführende Geschäftspraktiken wirksam und effektiv abzustellen.

Hersteller können bei unlauteren Wettbewerbspraktiken ihrer Konkurrenten selbst Klage erheben und Schadenersatz verlangen. Eine gerichtliche Entscheidung braucht manchmal nur wenige Tage, wenn über Ansprüche im Eilverfahren entschieden wird. Das ist gegenüber staatlichen Kontrollen wesentlich effektiver und auch kostensparender für die öffentliche Hand. Der Markt hilft sich selbst. Denn generell gilt, dass die weit überwiegende Zahl der deutschen Unternehmen sich an Recht und Gesetz hält. Nur ganz wenige Marktteilnehmer verstoßen hiergegen, um sich einen Vorteil zu sichern, der aber aufgrund der möglichen Schadenersatzforderungen im Rahmen eines Rechtsstreits zumindest risikoreich ist.

Die zukünftige Regierung muss dies wesentlich effektiver gestalten, denn bisher ist dieser Rechtsweg gegenüber Herstellern aus Drittstaaten nicht möglich, da sie keinen Bevollmächtigten benennen müssen, gegen den Wettbewerber im Falle eines Wettbewerbsverstoßes Klage erheben können. Der Bevollmächtigte muss selbstverständlich auch finanziell durch den außereuropäischen Hersteller so abgesichert sein, beispielsweise durch den Abschluss entsprechender Versicherungen, dass auch Schadenersatzansprüche befriedigt werden könnten. Für die innereuropäischen Hersteller würde auf diesem Weg ein Wettbewerb auf Augenhöhe geschaffen werden, ohne dass der öffentlichen Hand zusätzliche Kosten für weitere Kontrollinstanzen entstehen.

Irrtum: Unternehmen zahlen nicht genug Steuern

Mit durchschnittlich 30 Prozent Steuern tragen die deutschen Unternehmen international nahezu die höchste Steuerlast. Alle anderen EU-Staaten belasten ihre Unternehmen deutlich geringer. Deutsche Unternehmen müssen nach einer Studie des Bundesverbandes der Deutschen Industrie 50 Prozent mehr Steuern zahlen als z. B. die Konkurrenz in den Nachbarländern Polen, Tschechien oder der Schweiz.

Im Gegensatz zu Deutschland haben die meisten Industriestaaten auf den internationalen Steuerwettbewerb reagiert, indem sie Steuern senken und Investitionsbedingungen für Unternehmen verbessern. Um den Anschluss nicht zu verlieren, muss die nächste Bundesregierung dringend handeln. Notwendig sind insbesondere eine Senkung der Steuerbelastung von Unternehmen, eine Modernisierung der Ertragsbesteuerung und eine Reform der Gewerbesteuer.

Haushaltsfinanzierung, Investitionen und Schuldenbremse

Deutschland leidet schon seit vielen Jahren unter einem erheblichen Mangel an Investitionen, vor allem auch an ausländischen Investitionen. Vergleichbare europäische Länder oder auch die USA weisen wesentlich höhere Investitionsquoten aus – sowohl bei den privaten als auch den öffentlichen Investitionen. Dabei geht in der öffentlichen Debatte häufig unter, dass etwa zwei Drittel der Investitionen vom privaten Sektor getätigt werden, nur ein Drittel sind öffentliche Investitionen. Zu diesem in den letzten Jahren aufgelaufenen Investitionsdefizit kommen jetzt hohe Investitionserfordernisse hinzu, wie Verteidigung und insbesondere die Transformation zur Klimaneutralität. Die Finanzierung des Bundeshaushalts war nicht nur der Auslöser der Regierungskrise, sondern ist auch eine der zentralen finanzpolitischen Herausforderungen der kommenden Regierung.

Irrtum: Wir müssen einfach nur die Schuldenbremse lockern

Angesichts der drängenden Aufgaben des klimaneutralen Umbaus und der abnehmenden Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands brauchen wir einen grundlegenden Kurswechsel. Ein Lockern der Schuldenbremse allein würde dieses Problem definitiv nicht lösen. Vielmehr behindert die aktuelle Politik den Transformationsprozess mit viel zu detaillierter Regulierung und unrealistischen Vorgaben. Tatsächlich wächst die Kluft zwischen politischen Ambitionen und tatsächlich möglichen Fortschritten.

In der Transformationsstudie des BDI wird der Investitionsbedarf für die umfassende Modernisierung Deutschlands auf 1,4 Billionen Euro bis zum Jahr 2030 beziffert. Gemessen am BIP ist das eine Größenordnung, die dem Marshall-Plan oder dem Aufbau Ost entspricht. Allein für die Klimawende sind 880 Milliarden Euro erforderlich, jedoch gibt es für mehr als 80 Prozent dieser Investitionen derzeit keine Planung bzw. ist die Finanzierung ungeklärt. Hinzu kommen Defizite bei der Umsetzung notwendiger Maßnahmen für eine wettbewerbsfähige Energieversorgung, insbesondere im Bereich der CO₂- und Wasserstoffinfrastruktur. Wir müssen daher eine realistische Balance zwischen ökologischen Zielen und ökonomischer Tragfähigkeit herstellen.

Um die Transformation noch leisten zu können, ist eine Re-Priorisierung der bestehenden staatlichen Aufgaben absolut unerlässlich. Insgesamt wird die Transformation bis zum Jahr 2030 eine Haushaltslücke von per Saldo 70 Mrd. EUR jährlich reißen. Auch die Annahme zusätzlicher Steuereinnahmen aufgrund des durch die Transformation induzierten Wachstums ändert an diesem Befund nichts. Der größere Teil dieser Belastungen ist für die kommenden Jahre in den Haushalten jedoch noch nicht eingeplant.

Grundsätzlich kann die absehbare Finanzierungslücke durch Ausgabenminderung, Einnahmenerhöhung oder zusätzliche Schulden geschlossen werden. Eine Re-Priorisierung der Ausgaben ist dabei unabdingbar, wird aber allein hierfür nicht ausreichen. Eine erhöhte Schuldenaufnahme wird wahrscheinlich unumgänglich sein. Diese müsste dann außerhalb der bestehenden Schuldenregeln erfolgen und klar definiert werden, z. B. in Form von Sondervermögen. Entscheidend für eine künftige generationengerechte Schuldenregel ist die tatsächliche Fokussierung auf investive Ausgaben, deren Zusätzlichkeit und Zweckbindung sowie deren Festigkeit gegen eine allmähliche Aufweichung der Schuldenregeln. Das zeigen die Erfahrungen mit allen Schuldenregeln der Vergangenheit.

Insgesamt ist die Staatsquote in Deutschland zu hoch. Die Staatsschuldenquote ist während der Corona-Pandemie sprunghaft und erstmalig auf über 50% gestiegen. Eine Senkung ist dringend notwendig, um die wirtschaftliche Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Hohe Staatsausgaben belasten langfristig Unternehmen und Bürger durch hohe Steuern und Abgaben, was Investitionen und Konsum nachhaltig hemmt. Eine niedrigere Staatsquote stärkt den privaten Sektor und fördert Innovation, indem Ressourcen effizienter genutzt werden. Eine gezielte Entlastung begünstigt nicht nur wirtschaftliches Wachstum, sondern schafft auch mehr Eigenverantwortung und Flexibilität.

Berlin, im Januar 2025